

Stadt und Leben

Noch in den 1990er-Jahren waren die Bevölkerungsverluste Basels zugunsten des ländlichen Umlandes ein dominierendes Thema. Seit der Jahrtausendwende, insbesondere jedoch im letzten Jahrzehnt, hat sich dies grundlegend verändert. Wie Phönix aus der Asche ist Basel als lebenswerte Stadt aufgestiegen und gewinnt wieder an Bedeutung. Wo liegen die Entwicklungspotenziale und Herausforderungen einer aktiven Stadtentwicklung?

Raum, Zeit, Struktur: Stadtentwicklung umfasst räumliche, historische und strukturelle Komponenten. Diese drei Faktoren sind aufs Engste miteinander verknüpft. Im Gegensatz zu einer zufälligen Veränderung ist Stadtentwicklung stets ein aktiver Planungs- und Veränderungsprozess. In Basel wird gerade das Prozesshafte in verschiedenen Phasen der Stadtentwicklung immer wieder greif- und fassbar, speziell auch in jüngerer Vergangenheit. Verändert sich die Stadt, verändert sich auch das Leben in ihr – und umgekehrt. Es geht um mehr als um möglichst spektakuläre Bauprojekte.

«Aktionsprogramm Stadtentwicklung Basel 1998»

So entstand etwa im Jahr 1998 als Resultat des Prozesses «Werkstadt Basel» das «Aktionsprogramm Stadtentwicklung Basel» (APS). Dieses Programm umfasste 200 aufeinander abgestimmte Massnahmen aus allen Bereichen des städtischen Lebens und der Stadtentwicklung. Diese Massnahmen wurden in Impulsprogrammen gebündelt und vom Regierungsrat zu einem Gesamtpaket geschnürt. Damit sollte die Lebens- und Wohnqualität in der Stadt und ihren beiden Landgemeinden Riehen und Bettingen verbessert werden, um die seit Jahrzehnten beobachtete Abwanderung finanzstarker Haushalte zu stoppen. Übergeordnete Ziele bestanden auch bei der Annäherung der Bevölkerungsstruktur bezüglich Alter und Einkommen an den schweizerischen Durchschnitt und der Integration von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern. Die «Werkstadt Basel» war ein Prozess, der die Bewohnerinnen und Bewohner mit ihren Erfahrungen und Ideen an der Entwicklung der Stadt beteiligte. So fühlten sich die Menschen ernst genommen.



Dieser Prozess wurde lanciert, als sich Mitte der 1990er-Jahre die Abwanderung nach einer kurzzeitigen Abschwächung erneut verschärfte. Tatsächlich lebten 1998 rund 40 000 Personen weniger im Kanton Basel-Stadt als im Jahr 1970, als die Einwohnerzahl des Kantons mit rund 238 000 ihren Höhepunkt erreicht hatte. Ab 1971 war jedoch eine Wende eingetreten. Die Anzahl an Einwohnern nahm stetig ab – bis 1998 um rund einen Sechstel.

Die 1970er- und 80er-Jahre waren insbesondere gekennzeichnet durch den Wegzug von relativ wohlhabenden Familien mit Kindern aus der Kernstadt in die Vororte. Als Folge davon entmischten sich die urbanen Räume: Arbeitsplätze verblieben in der Kernstadt, während die mittelständische Wohnbevölkerung aufgrund einer sich verschlechternden Umweltsituation zusehends in den sogenannten «Speckgürtel» abwanderte. «Die rasante Zunahme der Arbeitsplätze und des Verkehrs hat zu einer Verdrängung der Einwohner geführt, und zwar besonders der jüngeren Familien mit Kindern», ist einem Artikel im Basler Stadtbuch von 1973 unter dem Titel «Hat Basel eine Zukunft?» zu entnehmen. Aufgrund dieser Umstände sei die Einwohnerzahl

Basels dauernd am Sinken. Zurück blieben die älteren, häufig sozial schwächeren Bewohnerinnen und Bewohner, und die Alterspyramide zeige deshalb schon eine bedenkliche Kopflastigkeit, die ein weiteres Absinken der Einwohnerzahl allein durch das Absterben des Kopfes der Pyramide erwarten lasse.

Dieter Wronsky, der erste Leiter der Regionalplanungsstelle beider Basel, beschrieb die «Stadtflucht» in einem Artikel aus dem Jahr 1998 als Umzug oder als stille Folge des wachsenden Flächenbedarfs pro Kopf, die vor allem im schweizerischen Teil der Agglomeration zu einem der Kernprobleme der öffentlichen Haushalte geführt habe. Dazu habe sich eine ganze Reihe negativer Folgen für den regionalen Lebensraum ergeben.

«Basel 75 – Hauptziele eines Stadtkantons»

Nach den turbulenten ersten 1970er-Jahren, als der Staatshaushalt aus den Fugen zu geraten schien und die Unwirtlichkeit der Stadt beklagt wurde, schickte sich der Regierungsrat an, mit dem aktiven Entwicklungsprozess «Zielvorstellungen Basel 75 und 76» neue Horizonte aufzuzeigen.

Für Eugen Keller, der von 1972 bis 1992 als Regierungsrat amtierte, stellte «Basel 75» einen eigentlichen Markstein dar, «der den deutlichen Willen der Exekutive ausdrückte, dem Staate Basel-Stadt Impulse in positiver Richtung zu geben». So wurde unter anderem deutlich gemacht, dass Basel in der Eidgenossenschaft und in der Region eine Rolle spielen und wieder wohnlicher werden will. Einem ausgeglichenen Finanzhaushalt wurde das Wort geredet und festgehalten, dass der Kanton in den 1980er-Jahren wieder eine Wohnbevölkerung von rund 225 000 Einwohnern

Neue Strategie

Verbesserte Kommunikation und stärkere Präsenz in der Öffentlichkeit sind zwei der neun Ziele im Rahmen der neuen Strategie. Aber auch KVG, Finanzierung der Therapie sowie der anstehende Generationenwechsel sind als zentrale Themen gesetzt.

Anstelle des Jahresberichtes wird erstmals ein themenorientiertes Jahresmagazin erarbeitet, die Strategie wird nun einmal jährlich zusammen mit der gesamten Mitarbeiterschaft überprüft und wo nötig angepasst. Jetzt geht es nicht mehr nur um Wandel, vielmehr muss Zukunft geplant und gestaltet werden.



aufweisen soll. Auch auf die Bedeutung der Bevölkerungsstruktur zur Erhaltung von Basel-Stadt als lebens- und handlungsfähigem Kanton wurde ausdrücklich hingewiesen und es wurden entsprechende Massnahmen vorgeschlagen.

Die weitere Entwicklung sollte jedoch vorerst keine Trendumkehr bringen, im Gegenteil: Auch die beiden folgenden Jahrzehnte waren geprägt durch eine weitere Ausdehnung der Agglomerationsränder, während die Bevölkerungsverluste in Basel weitergingen. So war das Bevölkerungswachstum zwischen 1980 und 2000 in den äusseren Agglomerationsgemeinden der Region mit 25 Prozent am grössten. Im gleichen Zeitraum verlor die Kernstadt 9 Prozent ihrer Bevölkerung, während die Einwohnerzahl des inneren Agglomerationsgürtels, also des Speckgürtels, um etwas mehr als 5 Prozent zunahm. Die soziale Durchmischung der Kernstadt rückte noch stärker in den Fokus: Denn an ihrer Entleerung waren nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen beteiligt. So prägt der Begriff der «A-Stadt» die politische und akademische Debatte der 1980er- und 1990er-Jahre.

Basel sei eine A-Stadt, schrieb die Journalistin Esther Maria Jenny im Jahr 1998, «das heisst eine Stadt mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Alten, Armen, Alleinstehenden, Alleinerziehenden, Abhängigen, Auszubilden-

den, Ausländern, Arbeitslosen, Ausgesteuerten und Aussteigern». Deshalb brauche die Stadt dringend eine konsensfähige Vision der Stadtentwicklung. Hier setzte die bereits erwähnte «Werkstadt Basel» an: Wie diese Vision aussehen könnte, sollte in einem koordinierten Prozess eruiert werden, damit dann auf Quartiers-, Orts- und Stadtebene sowie in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden nach konkreten, konsensfähigen Konzepten und Problemlösungen gesucht werden könnte.

Die heutige «Kantons- und Stadtentwicklung»

Auf die «Werkstadt Basel» zurückzuführen ist zum Beispiel die Schaffung des nichtstaatlichen Stadtteilsekretariates Kleinbasel im Jahr 2005, das die Verbindung zwischen der lokalen Bevölkerung und der Verwaltung sicherstellt. Und auch die Umgestaltung der Güterstrasse im Gundeldinger-Quartier zu einem Boulevard in den Jahren 2006 bis 2008 wurde durch das aus der «Werkstadt Basel» resultierende «Aktionsprogramm Stadtentwicklung Basel» angestossen. Ebenso die «flächendeckende marktwirtschaftliche Bewirtschaftung öffentlicher Parkplätze», die eine wesentliche Rolle bei der Verkehrslenkung und Verkehrsberuhigung spielte. Die Erhöhung der Wohnqualität wurde zusätzlich durch grosse Tempo-30-Zonen in den Quartieren unterstützt.

Diese und weitere Projekte klingen heute in unterschiedlicher Form in der «Kantons- und Stadtentwicklung» ganz konkret nach. Mit der Neuorganisation der Departemente im Zusammenhang mit der neuen Kantonsverfassung wurde die seit jeher praktizierte Stadtentwicklung ab 2009 «zur Chefsache, zum Bestandteil des Regierungsprogramms» erklärt, wie es der Journalist und Redaktor Christof Wamister damals beschrieben hat. Hier, in der «Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung», werden seither – im Sinne des eingangs erwähnten Verständnisses von vernetzter «Stadtentwicklung» – die Grundlagen und Strategien für die Regierung erarbeitet, in Verbindung mit den drei Querschnittsaufgaben der Stadtteilentwicklung, des Stadtwohnens und der Integration.

Seit 2008 wandelte sich der Bevölkerungsschwund nach einer längeren Stagnationsphase in ein anhaltendes Bevölkerungswachstum um. Parallel zum Aufbau von 20 000 Arbeitsplätzen, der bereits etwas früher einsetzte, ist der Kanton Basel-Stadt wieder um rund 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen. Das Bevölkerungswachstum, das einer eigentlichen Trendumkehr gleichkommt, ist in erster Linie der Personenfreizügigkeit mit der EU und der – trotz Finanzkrise – positiven Wirtschaftsentwicklung zu verdanken.

Dass gleichzeitig neuer Wohnraum geschaffen werden konnte, hat die Entwicklung zweifellos unterstützt. Auch künftig kommt der Aktivierung der Flächenreserven für Neues als Schwerpunkt der Stadtentwicklungspolitik eine herausragende Bedeutung zu. Durch die Umnutzung alter Industrie-, Umschlags- und Lagerareale mit einer Gesamtfläche von rund 110 Hektaren können in den nächsten 20 Jahren sowohl 20 000 neue Arbeitsplätze sowie Wohnraum für mindestens 20 000 zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner geschaffen werden.

Fast schon idealtypisch zeigt die Entwicklung in der Erlentmatte, welche Möglichkeiten und Chancen in einem sogenannten «Transformationsareal» stecken. Seit der Einstellung des Betriebs auf dem ehemaligen Güterbahnhofareal im Jahre 1998 begann zunächst eine Phase der intensiven Zwischennutzung. Ab 2009 wurde Baustein für Baustein einer rasch voranschreitenden Wohnraumentwicklung auf dem Areal gesetzt. Diese Entwicklung unterstützte nicht nur den Prozess der «Reurbanisierung», die durch die Bevölkerungszunahme und somit die Aufwertung der Kernstadt Basel gekennzeichnet ist. Sie führte auch zu einer besseren Durchmischung der Bevölkerung im Quartier, ohne dass es zu einer Verdrängung der bisherigen Bevölkerung gekommen wäre.

Somit konnte auch ein wichtiges Postulat der Sozial- und Integrationspolitik umgesetzt werden, wie auch der sinkende Segregationsindex unterstreicht. Überhaupt führt eine gerade Linie von der Wohn- zur Integrationspolitik, die eng miteinander verknüpft sind. Indem die Nachfrage nach zusätzlichen Wohnungen durch Neubauten auf «Transformationsarealen» befriedigt wird, kann in bestehenden Quartieren günstiger Wohnraum erhalten bleiben.

Ob Lysbüchel, Klybeck, Bahnhof Wolf, Walkeweg oder Dreispitz – auf diesen Transformationsarealen wird sich in den nächsten Jahren weiterhin umsetzen lassen, was bereits heute eine erfolgreiche Kantons- und Stadtentwicklungspolitik kennzeichnet und ein gelingendes Zusammenleben in Basel im Sinne der Lebensqualität und der Nachhaltigkeit stärkt.

Lukas Ott, Leiter der Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt

Aller guten Dinge sind drei

Die neue Strategie 2016 bis 2020 gibt viel zu diskutieren, denn nicht alle sind dazu bereit, die tiefgreifenden, aber unabwendbaren Veränderungen anzupacken und mitzutragen.

Die Suchthilfe hat kein Glück in den zähen Vergleichsverhandlungen mit dem BSV über die Rückforderung von Baubeiträgen, schafft aber mit etwas Glück den dritten positiven Jahresabschluss in Folge. Dem Beratungszentrum wird auf fragwürdige Art und Weise der Nachsorgebeitrag des BSV entzogen, es bleibt aber trotzdem innovativ, und die K+A kann 25 Jahre feiern.

Umbau

Im Stadtlärm kann endlich der Dachstockumbau durchgeführt werden. Die Führungsstruktur wird durch eine neue Stabsstelle Rechnungswesen sowie eine erweiterte Geschäftsleitung ergänzt. Umgebaut wird auch in der EDV, und so kann schon bald die neue Datenbank in Betrieb genommen werden. Im Stiftungsrat wird der personelle Umbau geplant und vorbereitet. Die K+A Riehenring soll im kommenden Jahr umgebaut werden und nur die Klinik ESTA muss noch auf den notwendigen Um- oder Neubau warten. Finanziell gibt es einen Rückfall in die alten Non-Profit-Zeiten.

